

Wöchentlicher Anzeiger

für Tündern

und Umgegend

Anzeigenpreis: Die sechs-spaltige Korpuszeile 20 Hg., Restameile 30 Hg.

Abbestellungsfrist: Die Geschäftsstelle dieses Blattes, Beipferze 10, spätestens vormittags 9 Uhr. Später und konstante Abbestellungen müssen am vorhergehenden Tage in unserer Kassen sein.

Er erscheint wöchentlich 3 mal, und zwar Montag, Mittwoch und Freitag, abends 7 Uhr für den folgenden Tag.



Stierstedt'scher Anzeigerpreis: durch unser Geschäftsstelle 5,50 M., von unserer Kasse 3,00 M., durch den Briefträger 20. Einzelnummer 20 Hg.

Stierstedt'scher und monatliche Anzeiger werden außer in der Geschäftsstelle, Beipferze 10, auch von unserer Kasse und allen Postämtern angenommen.

Amtesliches Verkündigungsblatt für die Stadt Tündern.

№ 61

Donnerstag, den 13. Januar 1921.

60. Jahrgang

Wenn Amerika will.

Seither der 4. März herankommt, der Tag, an welchem der nordamerikanische Präsident Wilson nach achtjähriger Amtsübernahme seinem Nachfolger Harding die Riegel der Regierungsgewalt in den Vereinigten Staaten übergeben wird, um so früher werden auch in Europa Entscheidungen anfallen, die es von der nordamerikanischen Seite her zu erwarten sind. Am lebhaftesten ist die Stimmung deshalb in Paris. Die dortigen Zeitungen behaupten, daß Deutschland ein Zugriffsrecht erziele, um den Präsidenten Harding für die deutschen Interessen zu gewinnen, damit er die Bedingungen des Vertrages von Versailles durchsetzen könnte. Man wünscht einen Ersatz der Weidmannsche, die es von der nordamerikanischen Seite her zu erwarten sind. Am lebhaftesten ist die Stimmung deshalb in Paris. Die dortigen Zeitungen behaupten, daß Deutschland ein Zugriffsrecht erziele, um den Präsidenten Harding für die deutschen Interessen zu gewinnen, damit er die Bedingungen des Vertrages von Versailles durchsetzen könnte. Man wünscht einen Ersatz der Weidmannsche, die es von der nordamerikanischen Seite her zu erwarten sind.

Allen diesen Erwartungen gegenüber muß man sich zunächst darüber klar werden, das Präsident Harding, wenn er bedeutsame politische und wirtschaftliche Interessen in den Vordergrund seiner Politik stellen wird, dies selbstverständlich den eigenen Interessen des Landes zu tun werden. Gegen Wilson's einseitige Vorkommnisse, die sich für England und Frankreich als Belastung und ein amerikanisch-englisch-französisches Bündnis in Aussicht nahm, hat sich das nordamerikanische Volk ausgesprochen, und die Wahl Harding zum Präsidenten beweist, daß die Vereinigten Staaten nicht von Frankreich in die europäischen Kämpfe hineingezogen werden wollen, wenn die Zukunft sichere bringen sollte. Das ist für den Weltkrieg wertvoll, der sich nicht nur von Fragen im Atlantischen Ozean, sondern auch von solchen im Stillen Ozean abhängig ist.

Wenn der Präsident Harding zu der Erörterung einer internationalen Abrüstung und der Lösung einer Weltfriedensfrage die besten Wege zu finden will, so kann er, da er ja wohl kein politischer Idealist, wie sein Vorgänger es war, sein wird, keinen Augenblick darüber im Zweifel sein, daß sich eine glatte internationale Abrüstung und ein aufrechter Weltfrieden unter Ausnutzung des Vertrages von Versailles für die nächsten Jahre noch nicht einrichten lassen wird. Ein funktionierendes System von einem bestimmten Termin ab heranzutreten der Abfertigung eintritt. Eine baldige Abrüstung würde nicht einmal den amerikanischen Interessen dienen, dessen Handelsflotte jetzt viel zu wertvoll geworden ist, als sie einem plötzlichen Zwischenfall preisgegeben werden dürfte.

Es ist die deutsche Affektion, wie gegenüber Wilson, wenn viele Deutsche annehmen, Präsident Harding werde uns sofort in irgend einer Weise praktisch beistehen, um uns aus dem Fesseln der Entente zu befreien. Eine solche Affektion wäre doch etwas anderes, als die heute gelübte und gewiß denkwürdige amerikanische Solidarität. Harding wird den Friedensvertrag mit uns nicht überarbeiten, er wird sich wohl noch zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in Deutschland, zur Sicherung von Lebensmitteln und Rohstoffmaterialien an uns einrichten, aber wir müssen uns selbst für die Sicherung von allem dem Beweise dafür bringen, daß wir eine vernünftige Wirtschaft treiben wollen. Wenn wir weiter eine riesige Steuer- und Finanzdefizitlast weiter treiben wollen, dann haben wir uns umsonst gefreut. Wenn Amerika uns helfen will, dann muß es auch die Überzeugung haben, daß das Geschäft lohnt. Denn aus keiner Menschenliebe greift man nicht unter die Arme. Das amerikanisch-hamburgische Schiffsabkommen hat gezeigt, wie Deutschland und Amerika sich wieder näherten können. Wir müssen etwas bieten können. Dagegen dem geht es nicht.

Die Beamtenfragen.

Welcher will die Verantwortung übernehmen.

Der Fortgang der Verhandlungen über die Beamtenforderungen stellen sich immer neue Schwierigkeiten in den Weg. Die Beamten sind von der Regierung und den Beamten-Organisationen abgefallene Kompromisse beidseitig natürlich, wie jedes Kompromiß, setzen von beiden Seiten. Der Regierung sind die gemachten Zugeständnisse zu hoch, den Beamten zu niedrig. Und beide Teile haben von sich aus recht. Das erklärende ist, daß beide Teile, Regierung und Beamte, sich in einer Angelegenheit befinden. Die Regierung weiß nicht, woher sie das Geld nehmen soll, um den Beamten höhere Zulagen zu geben, die Beamten wissen nicht, woher sie das Geld nehmen sollen, um zu leben. Beide Teile erkennen die Notlage des anderen an, wissen aber nicht, wie dem abgeholfen werden soll. Sift die Regierung den Beamten, zu vergrößert sich ihre eigene Notlage, werden aber die Beamten sehr wenig von der Regierung bekommen, und von dem was sollte sie sonst kommen? — so würde die Not der Beamten ins Ungemeine wachsen.

Unter diesen Umständen ist es verständlich, daß keiner der beiden Teile die Verantwortung für das Kompromiß, das die Notlage der Regierung wesentlich vergrößert, ohne der Notlage der Beamten wirklich Abhilfe zu schaffen, zu übernehmen wird. So hat der erweiterte Vorstand des Zentralvereins der Beamten in seiner letzten Sitzung sich noch nicht für eine endgültige Entscheidung entschieden, sondern wird erst mit den anderen Organisationen Beratung nehmen.

Andererseits hat aber auch das Reichsamt in seiner Sitzung am Montag gleichfalls nicht endgültig Stellung genommen, sondern beschlossen, sich zunächst (Mitwoch) mit den Finanzministern der Länder ins Einvernehmen zu setzen. Ueber die Frage der Zahlung der neuen Zulagen will es eine grundsätzliche Entscheidung der beteiligten Körperschaften herbeiführen, d. h. die Verantwortung dem Reichsamt und dem Reichsrat übertragen. Somit ist also vor Mitte nächster Woche fast mit der Erledigung der künftigen Frage zu rechnen.

Es bleibt aber abzuwarten, ob sich in der ersten Sitzung interessanter Einbehalten mit dieser weiteren Verschlebung der Angelegenheit zufrieden geben werden. Von beiden Seiten kommen Nachrichten, daß sich Abkommen erklärt haben, so besonders das zwischen dem Reichsamt und dem Reichsrat. Der Abkommensentwurf des Reichsamtes des Hauptreders droht sogar, daß wenn das Abkommen tatsächlich abgeschlossen wird, eine Sonderaktion der Eisenbahner des Reichsamtes in Aussicht fände. Man sieht, die endgültige Lösung des ganzen Komplexes der Beamtenfragen besagten den größten Schwierigkeiten, und es wird der unangenehmsten Art, die aus dem besten Willens aller Beteiligten hervorgeht, hier einen nur einmütigen Gangbaren Weg zu finden.

Der Eisenbahnerummel.

Die Eisenbahner in Preußen sind bedrohliche Luftstöße.

„Schonigke Tribune“ hat Einblick in den Bericht des Reichsamtes über die Luftentlastung Deutschlands erhalten. Der Bericht beginnt mit der „Hoffnung“, daß die Tätigkeit der Deutschen auf dem Gebiete der Eisenbahnen wieder begonnen habe, und daß die deutsche Regierung das Verbot, keine Zulagen mehr zu bewilligen, umgehend, den Mitarbeitern viele Maßnahmen überlassen worden, so 20000 Zulagen, jedes Zulage, und es werden die beträchtliche Anzahl Maßnahmen. Die Kontrollkommission habe aber beträchtliche Mengen an Zulagenmaterial entdeckt. Die deutsche Regierung selber habe das Vorhandensein verbotener Zulagen annehmen (2) und dann erklärt, daß sie ein Verbot einbringen würde. Die Zulagen der Eisenbahner von 1919 hätten 100000 Zulagen betragen, die Schuldwerte 3, die Luftentlastung 1,50. Ein Wasserflugzeug neuerer Konstruktion. Die deutsche Regierung habe es abgelehnt, den Plan für die Zulage der Mitarbeiter zu übergeben, weil diese im Jahre 1919 als Zulagen in Aussicht genommen worden seien.

Wahrscheinlich nicht, daß diese Zulagen die Zulagen der Eisenbahner dazu bestimmt sind, im nächsten Jahre Paris zu bombardieren. Ja, so ein Ententemerkmal hat es nicht leicht, dem Obersten Rat seine Ehrenberechtigung nachzuweisen.

Amerika magt nicht mit.

Der amerikanische Botschafter in Paris, Wallace, teilte neulich mit, daß die amerikanische Regierung aus dem Obersten Rat aus scheide und sich bei der Pariser Konferenz nicht mehr vertreten lassen werde. Dagegen werde Amerika seinen Platz im Wiedergutmachungsausschuss und in der Rheinlandkommission nach wie vor behaupten, so daß es bei den Entscheidungen über Durchsicht des Abkommens von Spa (Entwaffnungsfrage usw.) mitreden kann.

Einen interessanten Bericht über die Stellung der amerikanischen Regierung zur Entwaffnungsfrage geben die „New York Times“; es heißt da:

„Die amerikanische Regierung habe die französische Behauptung, Deutschland verletze den Vertrag von Versailles, bestätigt und könne den einzelnen Verpflichtungen nicht nach, aus dem Grund, daß die Pariser Konferenz eine detaillierte Schätzung der Verluste der schiefen verheerenden französischen Krieg nach Besetzung der Rheinprovinz. Die amerikanische Regierung würde die Ausführung eines solchen Planes vorzuziehen, falls Frankreich sich nicht bereit, ein Land vorzubereiten. Die amerikanische Regierung in der Frage der französischen Auffassung, daß Frankreich berechtigt sei, das linke Rheintal zu besetzen, weil die Vereinigten Staaten und in der Folge haben, England das geplante Defensivabkommen mit Frankreich fallen gelassen hätten.“

Der Berliner Vorbereitung für Brüssel.

Es steht nunmehr endgültig fest, daß die Brüsseler Konferenz der Finanzfachverständigen erst nach Beendigung der Pariser Konferenz des Obersten Rates wieder

abgenommen werden wird. Nichtsdestoweniger hat im Berliner Auswärtigen Amt die Vorbereitung für Brüssel bereits begonnen. Die größten Schwierigkeiten ergeben sich in Brüssel besonders daraus, daß die Deutschen und die französischen Zeitungen über die Leistungen und die Leistungsfähigkeit der gegenwärtigen deutschen Produktion weit auseinandergehen. Es gehört zu den wichtigsten Aufgaben der gegenwärtigen in Berlin stattfindenden Verhandlungen, gerade über diesen Punkt sichere, unangezweifelte Daten zu gewinnen, die den französischen Zeitungen über die Leistung der deutschen Produktion weit auseinandergehen. Es gehört zu den wichtigsten Aufgaben der gegenwärtigen in Berlin stattfindenden Verhandlungen, gerade über diesen Punkt sichere, unangezweifelte Daten zu gewinnen, die den französischen Zeitungen über die Leistung der deutschen Produktion weit auseinandergehen.

Eine besondere Bedeutung werden ferner im weiteren Verlauf der Konferenz die Fragen der industriellen Organisation der deutschen Lieferungen erlangen. Die Reichsregierung hat daher den alliierten und assoziierten Regierungen vorgeschlagen, daß neben dem Herren Staatssekretär Bergmann, Reichsamtpräsident Barenstein, die vom Reichsamt für den deutschen Industrie benannten Herren Generaldirektor Bögler und Kommerzienrat Peter A. L. O. A. n. e. r. als deutsche Delegierte bei den weiteren Verhandlungen teilnehmen. — Zur Beratung über diese Fragen sowie der gesamten Fragen, die sich aus dem Abkommensentwurf über die Entlastung ergeben, ist am Dienstag früher als ursprünglich beabsichtigt, auch der Reichsamt für auswärtige Angelegenheiten zuzuziehen. Seine bisherigen Verhandlungen waren vertraulich.

Die Verteilung der Rheinflotte.

Mit Rücksicht darauf, daß Frankreich wieder Anlieger des Abkommens geworden ist, bestimmt der Artikel 357 des Friedensvertrages, daß Deutschland über die Wiedergutmachungen hinaus an Frankreich einen Teil der Rheinflotte abzurufen hat. Der von den Verbündeten angelegte amerikanische Schiffsregister 1919 hat nun einen Schiffsregister gefüllt, nach dem Deutschland etwa 24000 Tonnage Schiffsraum an Rähnen und seiner Schiffe mit einer Leistungsfähigkeit von insgesamt 24000 Pferdekraften Frankreich abzurufen soll. Dies bedeutet ungefähr 13 1/2 Proz. der Gesamttonnage der deutschen Rheinflotte.

Bur Lage.

Das Geld reicht nicht. So hat der Finanzminister des Reiches, Herr Witt, wiederum erklärt, auch wenn alle benötigten Steuern die ausgerechneten Beträge ergeben, um die Ausgaben zu decken. Direkte Steuern können nicht weiter eingeführt werden, es sind also andere Entlasten zu suchen. Und dabei wissen wir noch gar nicht, was die Entente verlangt. Man fand aber schon wieder die Beamten mit neuen Forderungen herbeizogren, und es ist nach den Darlegungen des Ministers nicht zu erwarten, wie die Gelder aufgebracht werden sollen. Da die Leute ohne jede Bezahlung doch auch leben wollen, bleibt eigentlich nichts anderes übrig, als die Beamtenflotte zu vermindern, und aus den so gehaltenen Geldern, Aufbereiterungen vorzunehmen. Somit ist ein Steuerrecht vollständig nicht zu vermeiden. Die Erregung ist heute schon groß genug, wo noch Meistern und andere Abgaben erbt beordern. Das Erregungen der Beamtenfrage auch neue Maßnahmen folgen werden, liegt auf der Hand. Damit bleiben nicht die Beamtenflotte zu vermindern, es geht immer im Kreis herum. Oder die Entente müge eine die unabweisbaren deutschen Ausgaben aufrechnen. Daß sich bei diesen Verhandlungen alle junge Leute zu irgend einer Beamtenflotte bringen werden, kann selbstverständlich nicht übersehen. Dagegen sind bei Zeiten Schritte notwendig.

Die Bundesfinanzminister gegen die Reichsfinanzverwaltung. Der Ende voriger Woche zu Bamberg abgehaltenen Konferenz einzelstaatlicher Finanzminister wird eine besondere Bedeutung beigemessen, weil sie trotz aller verlässlichen Worte doch zweifellos als der Beginn eines Zusammenstehens gegenüber der Finanzpolitik des Reichsfinanzministeriums und als Aufhebung wider das von Eschbacher gestiftete unheilvolle Missverständnis der Einzelländer vom Reich anzusehen ist. Die Anregung zu dieser Konferenz ist von Thüringen ausgegangen, während Bayern die Einladung an die übrigen Einzelstaaten übermittelt und dann auch den Vorsitz übernahm.

Zeitspenden-Prangalierung ist auch im Elsaß- und Lothar, obwohl der Präsident der Republik in Prag zum Jahreswechsel die verschiedenen Welterlässe zur Verfügung ermahnt hat. Namentlich sind es die Studenten, die viel anzufehen haben, in Deutschland mit aller Gewalt der Übertritt zum Fiskus zum anzuregen werden. Daß die deutsche Sprache im amtlichen Verkehr mit Behörden systematisch zurückgesetzt wird, ist leider selbstverständlich. Das deutsche Wort ist schwer.

Königreich Ungarn und Betsel-Oesterreich. Während in Oesterreich die innere Not so hoch gestiegen ist, daß fast jeder der Bundesländer in Wien an den Verfall der Entente appelliert, was bisher denn doch noch nicht da war, hat Budapest der Wien die Marschälle überbehalten, feste Kurzer gehalten. Das wird von dem früheren Kaiser Karl benötigt, so mit seiner Familie zur Zeit am Genfer See lebt.

Bezirk: Wahlen zum Preussischen Landtag, zum Provinziallandtag und zum Kreisstag.

B. Landeswahlordnung.

§ 1. Abs. 1. Nach Ausfertigung einer Landtagswahl haben die Gemeinden eine Liste der Landtagswähler nach Vor- und Nachnamen, Alter, Beruf, Wohnort oder Wohnung in in alphabetischer Ordnung unter fortlaufender Nummer aufzustellen. Vor dem Eintrage jeder einzelnen Person ist ihr Wohnort genau zu präzisieren.

§ 2. Die Listen können auch in der Art angelegt werden, daß die Straßen nach der alphabetischen Reihenfolge ihrer Nummern oder die Stadtteile nach der Reihenfolge ihrer Nummern oder Buchstaben, innerhalb der Straßen oder Stadtteile die Häuser nach ihrer Nummer und innerhalb jedes Hauses die Wähler eingetragen werden.

§ 3. Die Listen sind alle Landtagswähler einzutragen, die in der Gemeinde ihren Wohnort haben.

§ 4. Personen, deren Wahlrecht ruht, sind nicht in die Listen aufzunehmen. Das gleiche gilt für Personen, die in der Ausübung des Wahlrechts behindert sind, es sei denn, daß anzunehmen ist, daß der Behindertungsgrund am Wahltage nicht mehr besteht. Sind sie gleichwohl in die Listen eingetragen, so ist in der Spalte „Bemerkungen einzutragen „ruht“ oder „behindert“.

§ 5. Personen, deren Wahlrecht ruht, sind nur die Soldaten der Wehrmacht für die Dauer der Zugehörigkeit zu ihr. Zu den Soldaten zählen die Mannschaften, Unteroffiziere, Deckoffiziere und die Offiziere einschließlich der Sanitäts-Beamten, Feuerwerks- und Jungoffiziere des Reichsheeres und der Reichsmarine. Die Militärämtern dazugehörig sind nicht zu den Soldaten der Wehrmacht.

§ 6. Die Listen sollen mindestens vier Spalten zur Aufnahme der Merkmale über die erfolgte Stimmabgabe enthalten, damit sie für Wiederholungs- und Nachwahlen zum Landtag oder sonstige Wahlen und Abstimmungen, die mit der Landtagswahl zusammenfallen oder ihr in kurzer Frist folgen, verwendbar sind. Die Listen müssen ferner eine Spalte für „Bemerkungen“ enthalten.

§ 7. Für den Vermerk der erfolgten Stimmabgabe zur Landtagswahl ist gleichmäßig ein und dieselbe Spalte im ganzen Wahlbezirk vorzuschreiben.

§ 8. Die Eintragung in eine Wählerliste muß auf Antrag mit einem Wahlschein zu versehen:

1. Wähler, die wegen Ruhens des Wahlrechts oder wegen Behinderung in seiner Ausübung in die Wählerliste nicht eingetragen waren, wenn der Grund hier für nachträglich weggefallen ist;

2. Auslandsdeutsche und ehemalige Angehörige der Abtretungsgebiete, die nach Ablauf der Frist zur Auslegung der Wählerlisten ihren Wohnort in das Inland verlegt haben;

3. Wähler, die in die Wählerliste nicht eingetragen waren, aber nachweisen, daß sie ohne ihr Verschulden die Frist zur Einlegung eines Einspruchs hergegen verkannt haben.

Wähler, deren Eintragung in der Wählerliste mit dem Vermerk „ruht“ oder „behindert“ versehen worden ist, sind den nicht eingetragenen gleichzusetzen, wenn der Grund des Ruhens nachträglich weggefallen ist.

§ 9. Die Abgrenzung der Wahlbezirke erfolgt nach den örtlichen Verhältnissen. Hierbei ist davon auszugehen, allen Wählern die Teilnahme an der Landtagswahl möglichst zu erleichtern. Den Wahlbezirk soll mehr als 2500 Einwohner umfassen. Die Wahlbezirke dürfen jedoch nicht so klein gemacht werden, daß das Wahlergebnis beeinträchtigt werden könnte. Die Verwaltungsverhältnisse sollen eingehalten werden.

§ 10. Abs. 1. Bei der Grenzsetzung des Wahlvorstehers und seines Stellvertreters ist von der zuständigen Behörde zugleich der Name zu bestimmen, in dem die Wahl vorgenommen ist.

§ 11. Die Abgrenzung der Wahlbezirke, die Grenzsetzung des Wahlvorstehers und seines Stellvertreters, die Bestimmung des Wahlortes sowie Tag und Stunde der Wahl sind vor dem Abschluß von den Gemeindevorständen in verständlicher Weise bekanntzugeben. Als mißbräuchlich ist anzusehen die Verschleierung mittels Plakatschlags.

Die Bekanntmachung soll spätestens am siebenten Tage vor dem Wahltage erfolgen. Ein Abdruck der Bekanntmachung ist dem Wahlvorsteher zur Benutzung bei der Wahl anzuhändigen.

§ 12. Abs. 1. Die Wahlart im Sinne der Landeswahlordnung gilt der Ort, an dem der Wähler seinen Wohnort oder seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat. Ein nur für Tage oder wenige Wochen besserer oder nur gelegentlicher Aufenthalt ist kein gewöhnlicher Aufenthalt im Sinne dieser Bekanntmachung.

§ 13. Zuständig für die Abgrenzung der Wahlbezirke die Entscheidung über Einsprüche gegen die Wählerlisten oder gegen die Vergabung eines Wahlzeichens, die Ernennung der Wahlvorsteher und ihrer Stellvertreter und die Bestimmung des Wahlortes ist auf dem Lande der Landrat, in den Städten der Magistrat.

Bekanntmachung.

Genehmigungspflicht zum Verkauf von Fleisch und Wurstwaren sowie Schweineschmalz.

Ich bringe hierdurch zur Kenntnis der hiesigen Kreis-, daß gemäß § 14 der Verordnung der Reichsregierung betr. Maßnahmen zur Sicherung der Fleischversorgung in der Uebergangszeit nach Aufhebung der Zwangsversteigerung vom 19. September 1920 auch alle Fleischwaren, Schweineschmalz und Würste ohne weiteres unter den Begriff von „Fleisch“ fallen. Hiernach unterliegt auch der Handel mit allen Fleischwaren, Schweineschmalz und Würsten der Genehmigungspflicht. Anträge um Erteilung der Genehmigung zum Verkauf vorstehender Waren sind, ferner der Inhaber der Verkaufsstelle nicht die Befugnis zur Führung des Meisterstempels des Fleischgewerbes besitzt, umgehend jedoch spätestens bis Ende Februar ds. Js. bei mir einzurichten. Die Polizei, bestehend aus Kreis- und mit mir angewiesenen, vom 1. März ds. Js. ab, diejenigen Verkaufsstellen, die die Einholung der Genehmigung unterlassen haben, oder denen die Genehmigung zum Verkauf genannter Waren nicht erteilt wurde, aber trotzdem feilhalten, inwieweit wegen Verstoß gegen behaftete Verordnung zur Anzeige zu bringen.

Weißfels, den 7. Januar 1921.

Der Vorsitzende d. Kreisaußschusses.

Polizeiverordnung

betreffend Abänderung der Polizeiverordnung über die äußere

Feierhaltung der Sonn- und Feiertage vom 27. Okt. 1905.

Nach Grund der §§ 127 und 128 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1893 (R. G. Bl. 1893 S. 812 und 15 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 (R. G. Bl. 1850 S. 265) wird mit Zustimmung des Provinzialrates für den Umfang der Provinz Sachsen verordnet was folgt:

Art. 1. der § 10 der Polizeiverordnung über die äußere Feierhaltung der Sonn- und Feiertage vom 27. Okt. 1905 (Amtsblatt für den Regierungsbezirk Magdeburg 1905 S. 477, für den Regierungsbezirk Merseburg 1905 S. 365 und für den Regierungsbezirk Erfurt 1905 S. 229) erhält folgende Fassung:

„Öffentliche Versammlungen und Aufzüge, die nicht gottesdienstlichen Zwecken dienen, sind an Sonn- und Feiertagen während der Stunden des Hauptgottesdienstes verboten, sofern sie geeignet sind, den Gottesdienst unmittelbar zu stören.“

Art. 2. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Magdeburg, den 2. November 1920.

Der Oberpräsident. F. D. Freyer.

Schluss.

Der Beginn der Schoneitz für Ott-, Hasel- und Fontänenbauern wird auf den 18. Januar 1921 festgesetzt.

Merseburg, den 17. Dezember 1921.

Der Bezirksauschuss zu Merseburg.

Die für Aufschlagsprüfungen von den Bräutlingen zu erhebende Prüfungsgebühr von 20 Mk. wird auf 50 Mk. erhöht.

Merseburg, den 11. Dezember 1920.

Der Regierungspräsident.

Meine Bekanntmachung vom 22. Dez. 1896 (Amtsbl. 1896 St. 52 Seite 445) betreffend die Anzeigepflicht für die Gehörlosendemenzführung der Pferde (Borna'sche Krankheit) wird auf Grund der Bekanntmachung des Herrn Reichsministers des Innern vom 17. Sept. 1920 (R. G. Bl. S. 1671) aufgehoben.

Merseburg, den 10. Nov. 1920.

Der Kreisamtspräsident.

Bekanntmachung.

Bieh- und Fleischpreise.

Es liegt Veranlassung vor darauf hinzuweisen, daß der Unterschuß 4 des Ausschusses für den Vieh- und Fleischverkehr im Wirtschaftsgebiet 4 folgende Richtlinien für den Vieh- und Fleischverkehr festgelegt hat:

- 1) Die Durchschnittspreispreise pro Ztr. Lebendgewicht ab Stall:
 - a. Für Rinder und Hammel: 500.00 Mk., wobei einem Qualitätsunterschied durch Aufschlag bzw. Abzug von 25 % Rechnung getragen werden soll.
 - b. Für Kühe: 550.00 Mk. mit 10 % Aufschlag oder Abzug.
 - c. Für Schweine: 1000.00 Mk. mit 10 % Aufschlag oder Abzug.

Diesen Einheitspreisen entsprechen nach den örtlichen Verhältnissen die Kleinverkaufspreise wie folgt:

1. Für Rind- und Hammelfleisch: 10.00—12.00 Mk. das Pfund
2. „ Kalbfleisch: 10.00—12.00 „ „
3. „ Schweinefleisch: 14.00—16.00 „ „
4. „ Wurstwaren: 18.00 Mk. f. ungeschälte und 20.00 „ f. geschälte Würstchen.

Die Preisfestsetzungen sind von mir angewiesen worden, ohne jede Rücksicht auf die Person von gewählten und geordneten Wählerpreisen Anzeige zu erstatten, damit die Schlichter durch die Presse an den Branger gestellt, bzw. durch die Wählergerichte bestraft werden können.

Weißfels, den 6. Januar 1921.

Der Vorsitzende d. Kreisaußschusses.

Spareinlagen

nimmt bei unbedingter Sicherheit und günstiger Verzinsung entgegen

Annahmestelle der Sparkasse des Landkreises Weissfels Näher.

Sportvereinsigung

Donnerstag, den 13. d. Mts. abends 8 Uhr

Monats-Bersammlung

im „Norddeutschen H.“ Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist Pflicht

Der Vorstand.

Verein für Vereinfachte Deutsche Schreibweise

Freitag, den 14. d. Mts. abends 8 Uhr in Schulz's Restaurant

Jahres-Haupt-Bersammlung.

Das Erscheinen ist nicht Mitglieder ist erwünscht. Der Leitungstag am Donnerstag fällt dafür aus.

Der Vorstand.

Dank.

Für die überaus zahlreichen Beweise herzlicher Teilnahme beim Begräbnis meiner lieben Frau und Mutter sagen wir hierdurch unseren herzlichsten Dank. Besonderen Dank Herrn Oberpfarrrer Plagemann für seine trostreichen Worte am Grabe, sowie Herrn Kantor Träger und den Schulkindern für den erhabenden Gesang. Vielen Dank auch den werten Trägern, welche die Entschlafene zur letzten Ruhestätte trugen und allen Bekannten für die schönen Kranzspenden.

Eduard Lippert und Tochter nebst allen Angehörigen Ober-Werschen im Januar 1921.

Gemüßland.

Der veränderten Verhältnisse halber muß die Pacht erhöht werden. Es beträgt von jetzt an für die Pachtzinsfläche der 25 und die Gärtenfläche 82 Mk. auf die Pachtzinsfläche. Die Pächter ist bis Ende Januar zu zahlen und der neue Vertrag zu unterschreiben.

Der Obst- und Gartenbauverein.

Blutfrische grüne Seringe



a Pfund 4,80 Mk. schöne große und Mittelfische

empfeht **Ferd. Gresse.** Pa holländ. Schweineschmalz a Pfund 16 Mk.

bei **Herrn Pfeiffer, Steinwea.**

Möbelhaus Große Leipzig Liebigstr. 6, 1. Etage am Hauptbahnhof
 verkauft **Schlafzimmer- Wohnzimmer- Speisezimmer- Küchen- ..**
 Gegen bequeme Teilzahlung!

Zucht- u. Schlacht-Raninchen verkauft Markt 5.

Arbeitsnachweis Teuchern.

Antliche Meldestelle für alle offene Stellen. Geschäftszeit: 8^{1/2} bis 1 Uhr. **Gesucht werden:** 3 Mägde, 1 Dienstmädchen aufs Land, 8 Verheiratete, kräftige, über 21 Jahre alte nur ein behaupteter Mannarbeitler, 1 Schuhmachergeselle für selbstständige Arbeit, 1 Mädchen als Köchlerin für halben Tag.

Neu suchen: 1 Dienstmädchen nach Teuchern, 1 Arbeiterfamilie, 1 Viehhüterin von auswärts, 1 Kleinbäck.

Donnerstag, abends 8 Uhr **Probe.** Um vollzähliges Erscheinen bitten **Ein gebranntes Sofa** zu kaufen gesucht. Zu erfr. i. d. Exp. ds. Bl.

Guterhaltener **Sunderwagen** ist zu verkaufen! Osterstr. 10.

Die-be-rie Blutreinigungstafel erziehen Sie mit **Juniper** In Packungen zu 10,- und 20,- Mk. erhältlich bei **Eurt Eige, Drogerie, Oberstr.**

Ein gut möbliertes **ZIMMER** vermietet **Leonhardt, Bahnstr. 7 pr.** Dienstag abend in der 6ten Stunde ist ein **großer Rucksack** von der Straße Hundtbal nach Unterwerfen verlorren gegangen. Gegen Belohnung abgegeben in der Weichstr. d. Bl. Bergerstr. 10. zu haben bei **O. Lieferenz.**

Pottpapier

Die Singer Nähmaschine Erleichterte Zahlungsbedingungen. **Singer Co. Weissfels Nähmaschinen Act. Ges. Jüdenstr.**

Am Montag nachmittag starb plötzlich infolge Herzschlages unsere gute Mutter **Frau Karoline Intrau** geb. Schmidt im Alter von 67 Jahren **Familie Louis u. Hugo Intrau.** Beerdigung Donnerstag 1/4 Uhr.

**Konditorei
: und Café :**
Br. Billhardt
Fernsprecher 356




Sonntag, den 16. Januar
ab 4 Uhr

Künstler-Konzert

Angermanns Restaurant.

Sonntag, den 30. Januar
Grosser Preisskat.

Es ladet freundlich ein

E. Angermann.

**Tafelschokoladen
„Sarotti“
Berlin**

sind die besten. Verkauf bei

Ewald Wunderlich.

Zur Frühjahrs-Saison empfehle

Blusenstoffe, reizende Muster.

Kleiderstoffe für Konfirmanden in S. B. u. reiner Wolle

Schürzenstoffe, Gingham und Blandrud

Barchente à m 13²⁵, 14⁵⁰, 15⁰⁰, 16⁰⁰, 17⁵⁰

Belours beste Qualität,

Hemdentuch pa. Ware à m 12⁰⁰, 15⁵⁰

Herrenstoffe große Auswahl à Meter **Mf. 58.00 bis 250.00**

Sofenstreifen N. Kammgarn, Marengo.

Einen Posten Stoffrester passend zu Kinderanzügen
äußerst billig. Alle bei mir nicht am Lager befindlichen
Herren- und Damenkleiderstoffe, werden auf Wunsch
in kurzer Zeit bezogen. Muster liegen aus.

Kein Laden

Emil Schwarze, Gartenstr. 11.

Kein Laden

Gegenüber Gärtnerei Borch.

Schorlan

Alles was und si dmi am Sonntag,
den 16. Januar nach Schorlan
da hält der Arbeiter-Turn-Verein
seinen diesjährigen großen

Maskenball

mit großartigen Ueberraschungen ab.
Dabei werden auch noch die besten
Masken und der schwebende Parlefin
verräuchert.
Anfang 4 Uhr. Einlaß der Masken
6¹/₂ Uhr

Der Vorstand. Der Wirt.

Ich habe meine Praxis in Leuchern
aufgegeben und bin beim Amts- und
Landgericht Raumburg a. S. zugelassen.
Raumburg a. S.

Wünscher, Rechtsanwalt.

Wir werden die Praxis am Amts-
und Landgericht Raumburg a. S.
gemeinschaftlich ausüben.

Justizrat Dr. Sturm Wunscher
Rechtsanwalt u. Notar. Rechtsanwält
Raumburg a. S. Fernruf 420.
Wald Markt 19.

Frischen Scheffisch

empfiehlt
Edwin Hornisch.

Junger Dobermann

rafferene Hündin, 5 Monate
alt, umständhalber billig zu
verkaufen

Bahnstr. 5 I.

Haubennetze

einrich 2.— Ml.
doppelt 3.— Ml.

empfiehlt
Albert Herrmann,
Feiseur.



Zur Masken-Redoute

der Freiwilligen Feuerwehr
am Sonntag, den 16. Januar im festlich geschmückten
Saal des Gasthofs zum Löwen laden wir die geehrte
Einwohnerschaft von Leuchern und Umgebung freundlichst ein.
Der Festausflug.
7 Uhr Redoute

4-6 Uhr Ball.
8 Uhr Demaskierung, anschliessend Polonaise. 10 Uhr
grosse Schneeballschlacht. Der Festpolizei ist unbedingt
Folge zu leisten. Tragen von Waffen verboten.
6 Damenpreise, 6 Herrenpreise, 3 Preise für Orig.-Clown.
Die Preise sind bei Herrn Bädermeister W. Lindertlich anzufordern.
15 Preise im Werte von 625 Mk.



Achtung!

Gasthof zur „Grünen Linde.“
Unterwieschen

Sonabend, den 15. Januar 1921

Großer humoristischer Abend
der lustigen Thüringer

Hierzu laden ein

der Wirt die Gesellschaft.
Kaffeeöffnung 6 Uhr. Anfang 7 Uhr.
Wer lachen will, der komme!

Trauerkarten empfiehl
S. Pfefferens

Meine Verlobung mit
Frl. Margarete Kühle
erkläre ich für aufgehoben.
Rud. Hasenohr.

**Leuchern.
Hotel zum Löwen**

Sonabend, den 15. Januar
abends 7/8 Uhr

**Operetten-Abend
Gastspiel des Merseburger
Stadt-Theaters**

Dir: Dahant
Der große Schlager
Mit Orchester Novität

Fräulein Bnd.

Große Operette in 3 Akten v. Walter Kollo
Vorverkauf im Löwen.

Licht U.T. Spiele

Gröben-Nessa

Unterwieschen: Freitag, den 14. Januar 7¹/₂ Uhr Abendvorstellung
Gröben: Sonnabend, den 15. Januar 7 Uhr Abendvorstellung
Sonntag, den 16. Januar 7¹/₂ Uhr Abendvorstellung

Die Herrin der Welt

der größte Film der Gegenwart in 8 Kisten.
Tellen, jeitaufsend jede Woche 1 Teil.

I. Teil Die Freundin des gelben Mannes.

Unsere werken Theaterbesucher hiermit zur Mitteilung, daß wir weder Arbeit
noch hohe Unkosten gespart haben, dieses Meisterwerk hierher zu verschlechten. Dieses
Stück besitzt seiner Vorzüglichkeit halber Wert und es bedarf wohl keiner weiteren
Anpreisung mehr. Jeder sozime und bilde sich sein eigenes Urteil. Trotz hoher
Unkosten keine Preiserhöhung

Voranzeige!

II. Teil Sonntag, den 22. Januar

Die Geschichte der Maud Gregaards.

Lichtspiele Weisse Wand

Achtung! 3 Tage 3 Tage

Freitag, d. 14. Sonnabend d. 15. u. Sonntag, d. 16. Jan.
läuft ein erstklassiges Sensationsprogramm

Der Fremde mit der Teufelsfratze

II Akte ferner d. weitere erstklass. Spielplan II Akte

**Nic Carter
Der Spitzel**

Meiner werten Kundschaft von Stadt und Land zur Kenntnis, dass
ich immer bemüht sein werde, nur erstklassige Filmwerke zu bringen
und hohe Unkosten nicht scheue. Versäumen Sie nicht dieses Programm.
Vorführung 5³⁰ und 8³⁰ Uhr.

Sonntag, 2¹/₂ Uhr Kindervorstellung.

Schneitung, Druck und Verlag von Carl Schöner, Leuchern.

Wöchentliches Anzeiger und Anzeiger

Einzelnenpreis: Die sechshundertsechzigste Ausgabe des Wöchentlichen Anzeigers 60 Pf.

Anzeigenannahme in der Geschäftsstelle dieses Blattes, Beipoststraße 10 des Spätens von morgens 7 Uhr. Größere und komplizierte Anzeigen müssen am vorhergehenden Tage in anderer Form sein.

Erscheint wöchentlich 8 mal, und zwar Montag, Mittwoch und Samstag, abends 7 Uhr für den folgenden Tag.

Betriebsstätte des Wöchentlichen Anzeigers: barockes Hinterhaus, Beipoststraße 10, im Bereich des früheren Hofes, Beipoststraße 10, Eingang-Nummer 20 Pf.

Betriebsstätte und monatliche Beiträge werden außer in der Geschäftsstelle, Beipoststraße 10, auch von anderen Orten und allen Postämtern angenommen.

Ämtliches Verkündigungsblatt für die Stadt Tendorf.

№ 6

Donnerstag, den 13. Januar 1921.

60. Jahrgang

Wenn Amerika will.

Seit über 4. März herab, kommt, der Tag, an welchem der nordamerikanische Präsident Wilson nach zwölfjähriger Amtsdauer seinem Nachfolger Harding übergeben wird, und so wichtiger werden auch in Europa die Verhandlungen, die sich mit den Folgen dieses Ereignisses beschäftigen. Am wichtigsten ist die Stimmung deshalb in Paris. Die dortigen Zeitungen besprechen, daß Deutschland ein Antagonist werde, um den Präsidenten Harding für die deutschen Interessen zu gewinnen. Damit sei die Befriedigung des Vertrages von Versailles durchzusetzen. Italien wünscht einen Erfolg der Gefühlsregung, die es von der nordamerikanischen Union während des Weltkrieges erlangen hat. England wartet sehr gespannt darauf, ob der Präsident tatsächlich einen Weltkongress berufen wird, um wirklich ernstlich die internationale Vereinigung und die Bildung einer neuen Gesellschaft der Nationen zu beschreiben, und im deutschen Reichstande werden wieder Diskussionen, ähnlich wie bei Wilson, auf den wichtigsten Bestand des nordamerikanischen Staatsvertrages.

Allen diesen Erwartungen gegenüber muß man sich zunächst darüber klar werden, daß Präsident Harding, wenn er bestmögliche politische und wirtschaftliche Interessen in den Vordergrund seiner Politik setzt, dies selbstverständlich die Folgen seiner eigenen Schuld sein werden. Gegen Wilsons einseitige Selbstverständnis, die sich für England und Frankreich im Vergleich mit ein amerikanisch-englisch-französisches Bündnis in Aussicht nahm, hat sich das nordamerikanische Volk ausgesprochen, und die Partei Harding's zum Präsidenten erwählt, daß sich die Vereinigten Staaten nicht von vornherein in die europäischen Kämpfe einmischen wollen, wenn die Zukunft davon abhängt, daß es für den Weltfrieden vorteilhaft sei.

Unter diesen Umständen ist es verständlich, daß keiner der beiden Teile die Verantwortung für das Kompromiß, das die Notlage der Regierung wesentlich verschärft, ohne der Notlage der Beamten wirklich Abhilfe zu schaffen, zu übernehmen mag. So hat der erweiterte Vorstand des Deutschen Eisenbahner-Verbandes in seiner letzten Sitzung sich noch nicht für eine endgültige Stellungnahme entschieden, sondern will erst mit den anderen Organisationen Sühnung nehmen.

Andererseits hat aber auch das Reichsamt in seiner Sitzung am Montag gleichfalls nicht endgültig Stellung genommen, sondern beschloß, sich zunächst (Mittwoch) mit den Finanzministern der Länder im Einvernehmen zu sehen. Aber die Frage der Leistung der neuen Ausgaben will es ein grundsätzliche Entscheidung der entscheidenden Abteilungen herbeiführen, d. h. die Verantwortung dem Reichstag und dem Reichsrat überlassen. Somit ist also vor Mitte nächster Woche formell mit der Erledigung der künftigen Frage zu rechnen.

Es bleibt aber abzuwarten, ob sich in dieser Hinsicht interessanter Eisenbahner mit dieser weiteren Entscheidung der Angelegenheit aufziehen geben werden. Von diesen Seiten kommen Nachrichten, daß sich die Eisenbahner bereits sehr gegen das getrocknete Abkommen erklärt haben, so besonders aus Frankfurt und dem Ruhrrevier. Der Aktionsausschuß der Eisenbahner des Ruhrreviers droht sogar, daß, wenn das Abkommen tatsächlich abgeschlossen wird, eine Sonderaktion der Eisenbahner besetzt, die den gesamten Komplex der Beamtenfragen besetzt, den geschlossenen Schlichtungsausschuß, und es wird der angeführten Länder und des besten Willens aller Beteiligten bedürfte, hier einen mit einmütigen gütlichen Abweg zu finden.

aufgenommen werden wird. Nichtsdestoweniger hat im Berliner Auswärtigen Amt die Vorbereitung für die Brüssel bereits begonnen. Die größten Schwierigkeiten ergeben sich in Brüssel besonders daraus, daß die Deutschen und die französischen Verhandlungen über die Leistungen und die Leistungsfähigkeit der gegenwärtigen deutschen Produktion weit auseinandergehen. Es gehört zu den wichtigsten Aufgaben der gegenwärtigen Brüssel stattfindenden Verhandlungen, gerade über diesen Punkt höhere, ungezügeltere Daten zu gewinnen, die die vorzunehmenden Änderungen nach genauer Prüfung der Ergänzungen bedürfen.

Eine besondere Bedeutung werden ferner im weiteren Verlauf der Konferenz die Fragen der industriellen Organisation der deutschen Lieferungen erlangen. Die Reichsregierung hat daher den affizierten und affizierten Beamten vorge schlagen, daß neben dem Herren Staatssekretär Bergmann, Reichsbankpräsident Haneke, die vom Reichsverband der deutschen Industrie benannten Herren Generaldirektor Deegler und Kommerzienrat Peter Klotzner als deutsche Delegierte bei den weiteren Verhandlungen teilnehmen. Zur Beratung aller dieser Fragen sollte der gelassenen Fragen, die sich aus dem Abkommen über die Leistungsergebnisse ergeben, ist am Dienstag, früher als ursprünglich beabsichtigt, auch der Reichstagssatzung für auswärtige Angelegenheiten zusammengetreten. Seine bisherigen Besprechungen waren vertraulich.

Die Vertiefung der Rheinfrage.
Mit Rücksicht darauf, daß Frankreich wieder Anhänger des Abkommens geworden ist, bestimmt der Artikel 357 des Friedensvertrages, daß Deutschland über die Reparationsleistungen hinaus an Frankreich einen Teil der Reparationsleistungen abzurufen hat. Der von der Bundesregierung eingehende Antrag, Reichsminister Hines hat nun eine Entscheidung gefasst, nach dem Vertrag hat eine 250 000 Tonnen Kohlenraum an Kohlen und ferner Schiffe mit einer Leistungsfähigkeit von insgesamt 24 000 Pferdekraften Frankreich abzurufen soll. Dies bedeutet ungefähr 13 1/2 Proz. der Gesamttonnage der deutschen Rheinflotte.

Bur Lage.

Das Geld reicht nicht. So hat der Finanzminister des Reiches, Herr Wittig, wiederum erklärt, auch wenn die künftigen Steuern die ausgerechneten Beträge ergeben, um die Ausgaben zu decken, die Steuern können nicht weiter eingeholt werden, es sind also andere Quellen zu suchen. Und dabei können wir nach gar nicht, was die Entente verlangt. Man findet aber schon wieder die Beamten mit neuen Wünschen herodoretreten, und es ist nach den Darlegungen des Ministers zu sehen, wie die Gelder angebracht werden sollen. Da die Leute ohne jede Notwendigkeit leben wollen, bleibt eigentlich nichts anderes übrig, als die Beamtenstellen zu vermindern, und aus den so gesparten Geldern Aufhebungen vorzunehmen. Doch ist ein Steuerfiskal höchlichlich nicht zu vermeiden. Die Erregung ist heute schon groß genug, wo nach Wirtschaftlern und andere Klagen erst besprochen. Die Erregungen der Beamtengehälter auch neue Konzeptionen folgen werden, liegt auf der Hand. Damit steigen wieder Lebensmittel und Tagesbedürfnisse, es geht immer im Kreis herum. Oder die Entente müßte gegen die unabsehbaren deutschen Ausgaben aufzutreten. Das für bei diesen Verhältnissen alle jungen Leute zu irgend einer Quantitätsfrage drängen werden, kann selbstverständlich nicht vermeiden. Tageden ist bei jetzt Schritte notwendig.

Die Landesfinanzminister gegen die Reichsfinanzverwaltung. Der Ende voriger Woche zu Hamburg abgehaltenen Konferenz einzelstaatlicher Finanzminister wird eine besondere Bedeutung beigemessen, weil sie trotz aller beschriebenen Worte doch zweifelloser als der Beginn eines Zusammenstößes gegenüber der Finanzpolitik des Reichsfinanzministeriums als neue Konzeption wieder das von Erzbürger geflossene einheitliche Abhängigkeitsverhältnis der Einzelstaaten vom Reich anzugehen sei. Die Anregung zu dieser Konferenz ist von Thüringen ausgegangen, während Bayern die Einladung an die übrigen Einzelstaaten übermittelt und dann auch den Vorstoß übernahm.

Deutschen Denkartungler ist auch im Reichsland bei zu Danzig, nämlich der Präsident der Republik in Bezug zum Jahreswechsel die verschiedenen Vorkämpfer zur Verbesserung ermahnt hat. Rechtlich sind es die Metriken, die viel auszuweisen haben, den Deutschen soll mit aller Gewalt der Übertritt zum Totalitarismus aufgezwungen werden. Daß die der ihre Sprache im amtlichen Verkehr mit Behörden systematisch zurückgeführt wird, ist leider selbstverständlich. Daß deutsche Blut hat es schwerer.

Königreich Ungarn und Welt-Eisenbahn. Während in Österreich die innere Not so hoch gestiegen ist, daß jetzt sogar der Bundeskanzler in Wien an den Reichstag der Entente appelliert, was bisher an dem Reich noch nicht da war, hat in Budapest der Reichstag, die Monarchie wiederherzustellen, feste Wurzeln geschlagen. Das wird von dem früheren Kaiser Karl benützt, der mit seiner Familie zur Zeit am Genfer See lebt.

Der Entwaffnungsrummel.

Das Chicago Tribune hat Einblick in den Bericht des Bureaus für die Luftunterweisung Deutschlands erhalten. Der Bericht beginnt mit der Feststellung, daß die Beiträge der Deutschen auf dem Gebiet der Luftunterweisung wieder begonnen habe, und daß die deutsche Regierung das Verbot, keine Aufwässerungen mehr zu begeben, umgehe. Den Militärern wären viele Maschinen übergeben worden, so 26 823 Flugzeugmotoren, sechs Aufstiegs- und eine beträchtliche Anzahl Wasserflugzeuge. Die Kontrollkommission habe aber beträchtliche Mengen an Flugzeugmaterial erbeutet. Die deutsche Regierung sei bereit das Abkommen hinsichtlich des Materials anzuerkennen und dann erklärt, daß sie ein neues Verbot herauszugeben würde, um ihren Verpflichtungen nachzukommen. Die Fabriken von Junker hätten 150 Flugzeuge gebaut, die Schwabachwerke 3, die Luftwerke 2, ein Wasserflugzeug neuerer Konstruktionsart. Die deutsche Regierung habe es abgesehen, den Plan für die Einigung der Militärern zu übergeben, weil diese im Jahre 1919 als Hilfsmittel ausgearbeitet worden seien. Wahrscheinlich nimmt Herr Godd, daß diese Verbeschreibungen dazu bestimmt sind, im nächsten Jahre Paris zu bombardieren. Ja, so ein Ententeamt hat es nicht leicht, den Deutschen das seine Entlassungs-berechtigungen nachzusehen.

Amerika macht nicht mit. Der amerikanische Botschafter in Paris, Wallace, teilt Regibus mit, daß die amerikanische Regierung aus dem Delfin mit aussteigen und sich bei der Pariser Konferenz nicht mehr betreten lassen werde. Tageden werde Amerika seinen Platz im Friedensarrangement auszuüben, und in der Rheinlande zu tun nach mit weiter beibehalten, so daß es bei den Entscheidungen über Durchsetzung des Abkommens von Spa (Entwaffnungsfrage usw.) mitreden könne.

Ein interessanter Bericht über die Stellung der amerikanischen Regierung zur Entwaffnungsfrage geben die „New York Times“. Es heißt da: Die amerikanische Regierung habe die französische Behauptung, Deutschland verletze den Vertrag von Versailles böswillig und könne den einzelnen Republikanismen nicht nach, aufmerksam geprüft und habe Grund zu der Annahme, eine deutliche Beweispunkte verbere nur den künftigen Verhandlungen. Die amerikanische Regierung würde die Ausführung eines solchen Planes voller Ironie verfolgen und nicht verstehen, ein Anzeichen, falls Frankreich ohne Grund gegen Deutschland vorgehen würde. Die amerikanische Regierung widerstrebe der französischen Auffassung, daß Frankreich berechtigt sei, das lichte Abkommen zu belegen, weil die Vereinigten Staaten und in der Folge durch England das geplante Defensivabkommen mit Frankreich fallen gelassen hätten.

Reiner Vorbereitungen für Brüssel. Es steht nunmehr endgültig fest, daß die Brüssel Konferenz der Finanzminister erst nach Vereinbarung der Pariser Konferenz des Obersten Rates wieder

✱rite	colorchecker CLASSIC

Die Beamtensfragen.

Keiner will die Verantwortung übernehmen.
Der Fortgang der Verhandlungen über die Beamtensforderungen stellen sich immer neue Schwierigkeiten in den Weg. Das endlich zwischen den Vertretern der Regierung und den Beamten-Organisationen abgeschlossene Kompromiß befindet sich natürlich, wie jedes Kompromiß, zwischen den beiden Seiten. Die Regierung sind die gemachten Zugeständnisse zu hoch, den Beamten zu niedrig. Und beide Teile haben von sich aus recht. Das ersparende ist, daß beide Teile, Regierung und Beamte, sich in einer Notlage befinden. Die Regierung weiß nicht, woher sie das Geld nehmen soll, um den Beamten höhere Gehälter zu geben, die Beamten wissen nicht, woher sie das Geld nehmen sollen, um zu leben. Beide Teile erkennen die Notlage des andern an, wissen aber nicht, wie dem abgeholfen werden soll. Müßt die Regierung den Beamten, so vergrößert sich ihre eigene Notlage, würden aber die Beamten keine Hilfe von der Regierung bekommen, — und von wem sollte sie sonst kommen? — so würde die Not der Beamten ins Ungemeine wachsen.

